

Morden die Mauermörder wieder?



„Deutsche Waffen, deutsches Geld, morden mit in aller Welt“, reimen Linke gerne zu demonstrativen Anlässen. Was das Morden in Deutschland betrifft, kann sich aber auch die eigene Bilanz sehen lassen: RAF-Morde im Westen, Mauer-, Folter- und Hinrichtungstote im Osten. Jetzt ist in einem Fall von Aktenzeichen XY ein Funktionär der Linkspartei als Waffenhändler in einem aktuellen Mordfall enttarnt worden.

Die [Rheinische Post berichtet](#):

Die Staatsanwaltschaft Mönchengladbach bat die Zuschauer um Hilfe. Ein Schlüssel zur Aufklärung ist die Auffindung der Mordwaffe. Die Maschinenpistole wurde nach Aussage der Ermittler von Manfred Hämmerle geliefert. Der Mann ist der Fraktionsvorsitzende der Linkspartei in Hückelhoven. „Er wird beschuldigt, mehrfach illegal Schusswaffen besorgt zu haben“, erklärte die Staatsanwaltschaft.

„Anfang des Jahres sind wir von der Kriminalpolizei darüber informiert worden, dass gegen Manfred Hämmerle ermittelt wird“, bestätigte gestern Bernd Jansen, Bürgermeister von Hückelhoven. Laut Staatsanwaltschaft hat der Politiker gegen das Kriegswaffengesetz verstoßen. Unter Mordverdacht stehe er jedoch nicht.

Der Fraktionschef der Linken im Landtag, Wolfgang Zimmermann, zeigte sich überrascht. Wie bei jedem Ermittlungsverfahren gelte auch hier zunächst die Unschuldsvermutung. Sollte sich aber herausstellen, dass die Vorwürfe gegen Hämmerle zutreffen, könne er sich nicht vorstellen, „dass er Mitglied unserer Partei bleiben kann. Die Linke ist eine Friedenspartei. Mitglieder, die mit Waffen handeln, sind bei

uns fehl am Platz.“

Peter Biesenbach, Innenexperte der CDU-Landtagsfraktion, erklärte, der Fall zeige, dass die „Linkspartei ein Sammelbecken von Extremisten“ sei. Die Partei sei „zu schnell gewachsen“. Offenbar sei die Parteiführung nicht in der Lage, zu verhindern, dass fragwürdige Mitglieder Ämter bekleiden. Arndt Klocke, Fraktionsvorstand der Grünen im Landtag, sagte hingegen, es sei „unseriös“, Verfehlungen von Mitgliedern auf die Partei zu projizieren und damit „politische Stimmungsmache“ zu betreiben.

Der Linken-Politiker und das Mordopfer waren offenbar befreundet und unternahmen gemeinsame Motorradtouren. Die Waffe war nach den Ermittlungen vor der Tat im Besitz des Opfers. Hämmerle soll die Maschinenpistole beschafft haben. Der Augenarzt soll versucht haben, die Waffe an einen Albaner zu verkaufen. Das Waffengeschäft könnte das Motiv für den Mord sein.

(Spürnasen:Markus P, Hans)

Familie von Messerstecher terrorisiert Nachbarn



Der Apfel fällt nicht weit vom Stamm, sagt man. Wohl wahr! Weil der Vater des Messerstechers (*PI berichtete mehrfach, u. a. [hier](#), Foto: Mordopfer Mel D.*) die Nachbarn bedrohte, engagierte der Vermieter eine Security-Firma, denn rausschmeißen kann er die Früchtchen aus Afghanistan nicht. Das lässt unsere Gesetzeslage, die nur dem Täterschutz dient, nicht zu. Zwei von ihnen bedrohte Ali A. mit einer Waffe.

Natürlich wurde er nach Feststellung der Personalien umgehend freigelassen. So kann er weiter die Nachbarn terrorisieren.

Die Mopo [schreibt](#):

Der Messerstecher vom Jungfernstieg, der Mel D. (19) getötet hat, sitzt hinter Gittern. Doch nun ist es die Familie von Elias A. (16), die für Angst sorgt. Die Angehörigen sollen seit Wochen ihre Nachbarn terrorisieren. Deshalb wurde ein Security-Unternehmen engagiert. Montagabend eskalierte die Situation. Der Vater (60) des Jungen bedrohte an der Markusstraße (Neustadt) zwei Mitarbeiter mit einer Waffe.

Es ist kurz vor 21 Uhr, als Ali A. auf den Balkon geht und die beiden Sicherheitsleute (41 und 52) aus unbekanntem Grund mit einer Waffe bedroht und bepöbelt. Die Männer alarmieren sofort die Polizei. Beamte nehmen den Vater des Messerstechers vorläufig fest. In der Wohnung stellen sie zwei Schreckschusswaffen und Reizgas sicher. Kurz darauf kann Ali A. die Wache wieder verlassen.

Bereits zwei Tage zuvor war sein erst 14 Jahre alter Sohn an der Straße Kohlhöfen (Neustadt) festgenommen worden -wegen

Drogen-Besitzes. Es ist nicht das erste Mal, dass Raphael A. Kontakt zur Polizei hatte. Schon mit neun Jahren beging er seine erste Straftat. Im Oktober 2009 lauerte er mit seinem Bruder Elias A. einem Supermarkt-Chef auf, der ihnen Hausverbot erteilt hatte. Die Jungen verprügeln den Mann. Und auch der ältere Bruder des Messerstechers ist der Polizei bekannt.

Weil die aus Afghanistan stammende Familie immer wieder für Ärger sorgt, hat der Vermieter, die ‚Baugenossenschaft freier Gewerkschafter‘, eine Security-Firma beauftragt, das Haus zu bewachen. ‚Wir haben eine große Verantwortung für die Nachbarn und diese haben Angst vor der Familie, da es mehrfach Auseinandersetzungen gab‘, sagt Ingo Theel (52) vom Vorstand. Die Familie soll die Anwohner terrorisieren. Wie genau, wollte der Vermieter nicht sagen. Zudem haben die Nachbarn Angst vor den ‚Neustädter Jungs‘, der Jugend-Gang von Elias A. Die Familie rauswerfen -dazu fehlt dem Vermieter die rechtliche Handhabe.

Das müssen wir schon aushalten! Es kann die Bereicherung nicht trüben!

(Spürnase: Logiker)



Lynchen für den Frieden



Die israelischen Soldaten wurden an Bord der zuvor gewarnten Schiffe von „Friedensaktivisten“ mit beispielloser Gewalt empfangen: „Nach israelischen Darstellungen hätten sich die Demonstranten mit „langen Messern“ und anderen „Waffen“ auf die Soldaten gestürzt und versucht, sie zu lynchen.“ Es gab schließlich zehn schwerverletzte Soldaten.

„Zu den verletzten Soldaten wurde bekannt gegeben, dass einer durch Messerstiche schwer verwundet worden sei, andere seien mit Eisenstäben getroffen worden. „Die Soldaten wurden nicht durch Schüsse verletzt“, sagte ein Arzt. Am Mittag wurden im israelischen Fernsehen Filmszenen gezeigt, auf denen deutlich zu sehen war, wie einer der Friedensaktivisten in roter Schwimmweste mit einem langen Messer auf einen Soldaten einsticht“.

Israelnetz [berichtet](#):

In der Nacht, früher als die rund 600 Demonstranten auf den Schiffen aus der Türkei, Griechenland und anderen Ländern erwartet hatten, näherten sich ihnen Kriegsschiffe der israelischen Marine. Die Kapitäne der Schiffe des Konvois „Free Gaza“ wurden aufgefordert, abzdrehen und sich nicht in das gesperrte „Kriegsgebiet“ hineinzubegeben. Als der Kapitän des türkischen Schiffes „Mavi Marmara“ mit rund 500 Aktivisten an Bord „negativ, negativ“ antwortete, kam der

Befehl zum gewaltsamen Entern des Konvois. Hunderte israelische Soldaten erklimmen die kleineren Boote mit Leitern, während andere von Hubschraubern abgeseilt wurden.

Nach israelischen Darstellungen hätten sich die Demonstranten mit „langen Messern“ und anderen „Waffen“ auf die Soldaten gestürzt und versucht, sie zu lynchen. „Wir begegneten einer beispiellosen Gewalt von Seiten dieser sogenannten Friedensaktivisten, die wohl eher als Semi-Terroristen bezeichnet werden müssten“, sagte Avi Benijahu, der oberste israelische Militärsprecher.

Ein israelischer Militärreporter berichtete, dass die Soldaten lange Zeit die Übernahme trainiert hätten. Man habe mit Flüchen der Friedensaktivisten, Bespucken der Soldaten und passivem Widerstand gerechnet. Die Soldaten seien jedoch „völlig überrascht“ worden von einer offenbar vorgeplanten Gewalt mit Waffen, die rechtzeitig an Bord gebracht worden seien. Die Spezialeinheiten hätten auch nicht mit einem Versuch der Friedensaktivisten gerechnet, sie zu lynchen. „Die Soldaten hatten das Gefühl, lebensgefährlich bedroht zu sein. Deshalb reagierten sie mit ihren Waffen.“

Einem Soldaten sei die Waffe entwendet worden. Die Friedensaktivisten hätten diese dann mit scharfen Schüssen gegen die Streitkräfte gerichtet.

„Wir kennen immer noch nicht alle Einzelheiten. Noch sind nicht alle Kabinen in dem großen Schiff untersucht worden. Die Operation dauert an“, sagte Militärsprecher Avi Benajahu gegen 10 Uhr morgens im Rundfunk, fünf Stunden nach dem Befehl, die Schiffe etwa 70 Meilen vor der Küste in internationalen Gewässern abzufangen.

Per Hubschrauber wurde eine unbekannte Zahl von Verletzten nach Israel geflogen und auf Krankenhäuser verteilt, darunter zehn zum Teil schwer verletzte Soldaten. Die israelischen Krankenhäuser erhielten die Auflage, keine Details über die

eingelieferten Demonstranten oder deren Zustand an die Presse zu geben.

Zu den verletzten Soldaten wurde bekannt gegeben, dass einer durch Messerstiche schwer verwundet worden sei, andere seien mit Eisenstäben getroffen worden. „Die Soldaten wurden nicht durch Schüsse verletzt“, sagte ein Arzt. Am Mittag wurden im israelischen Fernsehen Filmszenen gezeigt, auf denen deutlich zu sehen war, wie einer der Friedensaktivisten in roter Schwimmweste mit einem langen Messer auf einen Soldaten einsticht. Ein Soldat wurde von der Brücke auf ein unteres Deck herabgestoßen, zwei retteten sich mit einem Sprung ins Wasser, berichtete der Reporter Amir Bar Schalom, der die Truppen begleitete. Zwei Soldaten seien zu Beginn der Aktion durch Schüsse in den Bauch und ins Knie verletzt worden. Erst danach hätten die Soldaten die Genehmigung erhalten, ihre Schusswaffen einzusetzen.

(...)

Vize-Außenminister Dany Ajalon erklärte in einer live übertragenen Pressekonferenz, dass es sich bei der „Free Gaza“-Aktion mit sechs Schiffen um einen Verstoß gegen internationales Recht und um eine „unerträgliche gewaltsame Provokation handelte, die kein Land der Welt hinnehmen kann“. Es entspreche durchaus internationalem Recht, wenn Israel in internationalen Gewässern fremde Schiffe mit feindseligen Absichten abfange. Die Türkei sei rechtzeitig gewarnt und aufgefordert worden, die Schiffe der „Free Gaza“-Aktion gar nicht erst ablegen zu lassen.

Die Organisatoren gehören einer terroristischen Nicht-Regierungsorganisation an mit nachgewiesenen Verbindungen zur Hamas, zu Al-Qaida und dem weltweiten islamischen Dschihad, sagte Ajalon. Weiter behauptete er, dass an Bord der Schiffe bei den Friedensaktivisten Waffen gefunden worden seien: „mindestens zwei Pistolen“. Weil die Operation andauere, könne er dazu keine weiteren Einzelheiten mitteilen. Wenige Minuten später veröffentlichte der Militärsprecher, dass es

sich um zwei Pistolen handelte, die die Demonstranten den Soldaten entwendet hätten.

Hier sieht man die „Friedensaktivisten“ bei der Arbeit. Die einzeln auf dem Schiff ankommenden Soldaten werden vom judenhassenden Lynchmob in Empfang genommen. Wie blind muss man sein, um die Mordversuche nicht sehen zu wollen?

Und die Weltgemeinschaft dreht sich postwendend gegen Israel und sympathisiert mit den Terroristen. Die Nie-wieder-Rufer unterstützen keine lebenden Juden im Überlebenskampf. Man trauert lieber um tote Juden.

(Spürnase: Bbb / Foto oben: Betende Aktivisten auf dem türkischen Hilfsschiff „Mavi Marmara“ bitten um Allahs Beistand für das blutige Gemetzel)



Islamische Armada – mehr als Schlacht um Gaza



Der sogenannte [Hilfskonvoi aus Europa](#) für das arme Gaza hat sich letzte Nacht als nicht wirklich friedlich erwiesen ([PI berichtete](#)). Die „Friedensaktivisten“ hatten [Waffen an Bord](#) und versuchten, einen Korridor für den Nachschub der Hamas zu öffnen. Bei der Seeschlacht um Gaza geht es um weit mehr als um eine Ladung „Hilfsgüter“. Es ist eine Schlacht im [Krieg des radikalen Islam](#) gegen den freiheitlichen Westen, wie ein israelischer Strategie erklärt.

Die türkische Nichtregierungsorganisation IHH, die gemäß eigenen Angaben humanitäre Zwecke verfolgt und an der „Hilfsaktion“ der [„Free Gaza“-Terrorhelfer](#) maßgeblich beteiligt ist, ist eine eine radikal-islamische Organisation mit Verbindungen zum „internationalen Dschihad“.

Der *Tagesanzeiger* [schreibt](#):

Die Hilfsaktion für die Menschen im Gaza-Streifen war in Israel schon seit Wochen ein Thema. „Wenn das Ziel ein humanitäres wäre, würden sie Israel die Hilfsgüter transferieren lassen und nicht versuchen, auf illegale Weise in den Gaza-Streifen einzudringen“, ließ Israels „Intelligence and Terrorism Information Center“ verlauten. Bülent Yilderim, der Vorsitzende von IHH, habe kürzlich unter Applaus türkischer Politiker und radikal-islamistischer Extremisten eine radikale Rede gehalten.

„Israel verhält sich, wie Hitler sich gegenüber den Juden verhalten hat. Hitler baute Konzentrationslager in

Deutschland, und heute baut das zionistische Gebilde Konzentrationslager in Palästina“, soll Yilderim gesagt haben. Das Ziel von IHH sei, „eine Provokation hervorzurufen, um Israel und die israelischen Verteidigungsstreitkräfte zu blamieren und der Hamas und ihrer Regierung im Gaza-Streifen zu helfen“.

Mittlerweile [räumt „Free Gaza“ sogar selber ein](#), dass es sich bei den Hilfsgütern um Waffen handelt:

Zu möglichen Waffen an Bord des IHH-Schiffs hielt sich Free-Gaza-Sprecherin Audrey Bomse zurück. Sie könne nicht aussagen, dass auf dem angegriffenen Schiff tatsächlich keine Waffen gewesen seien, sagte Bomse gegenüber CNN.

Dies würde zu den Gesängen passen, die in der Türkei zur Verabschiedung des Schiffskonvois gesungen wurden.

*“Intifada, intifada, intifada!
Khaybar, Khaybar, oh Juden!
Die Armee Mohammeds wird über euch kommen!”*

Im [IDF-Bericht](#) über die Vorgänge ist zu lesen:

Während des Abfangens der Schiffe griffen die Demonstranten an Bord die Einsatzkräfte der israelischen Marine mit scharfer Munition und Waffen wie Messern und Knüppeln an. Eines der benutzten Gewehre war zuvor einem israelischen Soldaten entrissen worden. Die Demonstranten hatten ihre Waffen ganz klar für diesen bestimmten Zweck bereitgehalten. Infolge dieser lebensbedrohlichen und gewalttätigen Handlungen setzten die Marinetruppen Mittel zur Krawallzerstreuung ein, einschließlich scharfer Munition.

Laut ersten Berichten resultierten die Vorgänge im Tod von mehr als zehn Demonstranten und zahlreichen Verletzten;

außerdem wurden mehr als vier Marinesoldaten verletzt, von Schusswaffen und verschiedenen anderen Waffen. Zwei der Soldaten sind mittelschwer verletzt, die übrigen trugen leichte Verletzungen davon. Alle Verwundeten, Israelis und Ausländer, werden derzeit per Hubschrauber in israelische Krankenhäuser gebracht. Israelische Truppen vor Ort berichteten, dass einige der Beteiligten an Bord der Schiffe offensichtlich planten, die Soldaten zu lynchen.

Die Vorgänge auf See dauern an, und die Informationen werden sobald wie möglich aktualisiert. Israels Marinekommandant, Vizeadmiral Eliezer Marom, überwacht die Vorgänge.

Auf diesen Bildern ist zu sehen, wie „friedlich“ die IDF-Soldaten vom Schiffskonvoi empfangen um mit Waffen „begrüßt“ werden:

[flash <http://ywc22.n1.gns.co.il/upl615596.flv>]

„Friedensaktivist“ sticht auch israelischen Soldaten ein:

Dass es sich dabei um eine Schlacht des Islams gegen des Westen handelt, sollte angesichts dieser Bilder jedem klar sein, [schreibt](#) Dr. Mordechai Keder von der Bar-Ilan Universität auf *ynet-news*:

In diesem Kampf geht es nicht um Gaza. Die Schlacht geht um die Zukunft des Nahen Ostens: Wird in der Zukunft die existierende politische Ordnung aufrecht erhalten bleiben können, oder werden radikal-islamische Bewegungen aufsteigen und die gegenwärtige Ordnung ersetzen, wie es im Libanon und der Türkei bereits geschehen ist?

Die Seefahrt nach Gaza ist ein Ereignis im Kampf der Titanen. Wenn Israel den Schiffskonvoi stoppen wollte, hätte man das Problem eleganter lösen können – beispielsweise indem man die Schiffe unter Wasser sabotiert hätte. Eine andere Möglichkeit war, ihnen den Weg abzuschneiden und zu erklären, man lasse

sie nur passieren, wenn Gilad Shalit im Gegenzug dafür freigelassen werde. So hätte Israel die heiße Kartoffel der Hamas weiterreichen können.

Aber auch ein solcher Erfolg hätte keinen Sieg bedeutet in der entscheidenden Frage: Wer ist Herr in dieser Region? Es scheint, als würde Israel der sich islamisierenden Türkei, die von einer Gruppe regiert wird, die der Hamas ideologisch in nichts nachsteht, keine Informationen mehr weitergeben. Die Kräfte des Osmanischen Reiches, die erneut im Nahen Osten herrschen möchten, wie sie es vor beinahe 500 Jahren getan hatten, werden an der Küste Gazas aufgehalten.

Die Zeit ist gekommen, jenen die in der Nähe und der Ferne leben mitzuteilen, dass es in dieser Schlacht nicht allein um den Nahen Osten geht. Es geht im dem Kampf um das Angesicht dieser Erde. In dieser Zeit befindet sich Israel an einem frontalen Außenposten, wo es den Krieg der aufgeklärten, liberalen, pluralistischen, offenen und demokratischen Welt führt im einem riesigen Kampf gegen die islamischen Kräfte, die damit drohen, die Welt zu übernehmen und ihrer grünen Flagge zu unterwerfen.

Die Teilnahme von Schiech Raed Salah, Kopf der nördlichen Islambewegung in Israel, an dieser Schifffahrt dient als Beweis dafür, dass es sich hierbei um keine territoriale, nationale oder humanitäre Schlacht handelt, als vielmehr um eine kulturell-religiöse. Die IDF-Operation sollte die Glocke sein, die die Welt aus ihrer Benommenheit erwachen lässt, damit sie endlich die islamische Wolke erkennt, die dabei ist, die Sonne der globalen, liberalen Demokratie hinter sich zu verbergen.

Von diesem Erwachen ist die deutsche Presse noch weit entfernt. Sie bedient bislang lieber gängige „israelkritische“ Klischees und macht sich zum Sprachrohr der kommunistischen Terrorhelfer.

AZ kann Pressebericht der Polizei nicht lesen



Laut *Münchner*

Abendzeitung (AZ) haben am letzten Donnerstag vier Jugendliche™ in Berg am Laim einen Taxifahrer bedroht. So jedenfalls die Überschrift. Nach der Tatbeschreibung zieht der erfahrene PI-Leser gewisse Schlüsse.

Die [Abendzeitung](#) schreibt:

MÜNCHEN – Am Taxistandplatz in der St.-Bonifatius-Straße stiegen am Donnerstag vier Jugendliche um 18.40 Uhr in ein Taxi ein. Sie wollten in die Josephsburgstraße gefahren werden.

Doch kurz vor dem Ziel änderten sie ihre Meinung und wollten nun in den Berlingerweg. Dort angekommen holte einer der Täter plötzlich eine Schusswaffe hervor und bedrohte den 63-jährigen Taxifahrer. Die vier Jungs wollten Bargeld.

Doch der 63-Jährige wehrte sich: Er drückte die Waffe von sich weg und öffnete gleichzeitig die Fahrertür. Den Tätern

wurde die Sache zu heiß, sie flüchteten ohne Beute. Der Taxifahrer wurde bei dem Überfall leicht an der Hand verletzt.

Brav werden von der AZ gemäß ihrer Berichterstattungspflicht auch die Täter beschrieben:

Täterbeschreibung

Haupttäter: Männlich, ca. 18 Jahre alt, ca. 180 cm groß, athletisch, er führte eine schwarze Schusswaffe mit.

Beifahrer: Männlich, ca. 17-18 Jahre alt, ca. 180 cm groß, kräftig, schwarze, eher kurze Haare; schwarze Oberbekleidung

Mittäter: Männlich, ca. 14 Jahre alt, ca. 160 cm groß, schlank, schwarze Haare; schwarze, weite Kapuze, schwarze Bekleidung

Mittäter: Männlich, ca. 16-17 Jahre alt, ca. 170 cm groß, schlank, kurze, schwarze Haare, auffallend kindliche, feinporige Gesichtshaut schwarze Bekleidung

Screenshot: Münchner

Abendzeitung.

Dabei hat man – naheliegenderweise – den kompletten Text aus dem Polizeibericht übernommen. Nun, jedenfalls fast. Leider erfuhren alle vier Beschreibungen dort eine Änderung, wo der Polizeibericht bei jedem einzelnen Tatverdächtigen von „südländischer Typ, evtl. türkischer Abstammung“ spricht:

Täterbeschreibung:

Haupttäter: (saß hinten links)

Männlich, ca. 18 Jahre alt, ca. 180 cm groß, athletisch, südländischer Typ, evtl. türkischer Abstammung, keine detaillierte Beschreibung möglich; er führte eine schwarze Schusswaffe mit.

Beifahrer:

Männlich, ca. 17-18 Jahre alt, ca. 180 cm groß, kräftig, südländischer Typ, evtl. türkischer Abstammung, schwarze, eher kurze Haare; schwarze Oberbekleidung, Kragen bis zur Nase hochgezogen.

Mittäter: (saß hinten rechts)

Männlich, ca. 14 Jahre alt, ca. 160 cm groß, schlank, südländischer Typ, evtl. türkischer Abstammung, schwarze Haare; schwarze, weite Kapuze (während der Fahrt über den Kopf gezogen), schwarze Bekleidung.

Mittäter: (saß hinten Mitte)

Männlich, ca. 16-17 Jahre alt, ca. 170 cm groß, schlank, südländischer Typ, evtl. türkischer Abstammung, kurze, schwarze Haare, auffallend kindliche, feinporige Gesichtshaut („Babyface“); schwarze Bekleidung, schwarze Kapuze über den Kopf ins Gesicht gezogen.

Screenshot: Pressebericht der

Münchner Polizei.

Es ist daher davon auszugehen, dass die AZ-Redakteure partielle Blindheit befällt, wenn es bestimmte Täterprofile betrifft. Vielleicht findet die Polizei die Täter aber trotz(!) der umfassenden Mithilfe der vierten Gewalt. Möglicherweise sogar schon vor dem nächsten Überfall, denn durch den Widerstand des 63-jährigen Taxifahrers ist das Problem der Geldbeschaffung augenscheinlich noch akut.

31-jähriger Türke schmuggelt 1,3 Tonnen Kokain



Der größte Fund von Kokain in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland ist der Polizei jetzt im Hamburger Hafen gelungen. Nach monatelangen Ermittlungen konnten die Beamten 1,3 Tonnen sehr reines Kokain mit einem Marktwert von rund 40 Millionen Euro beschlagnahmen. Kopf der Schmugglerbande ist ein 31-jähriger passdeutscher Türke.

Der [Stern](#) berichtet:

Es sollte der Deal ihres Lebens werden. 1,3 Tonnen Kokain hatten die Männer von Südamerika in einem Container über den Hamburger Hafen nach Deutschland geschmuggelt, in exakt 1244 handlich verpackten Holzbriketts versteckt. Der Wert des laut Polizei hochreinen und unverschnittenen Rauschgiftes liegt bei mindestens 40 Millionen Euro – und hätte den Dealern ein sorgenfreies Leben beschert. Was die sieben Hamburger mit Migrationshintergrund allerdings nicht ahnten: Die Drogenfahnder der Hansestadt waren ihnen seit November 2009 auf den Fersen. Damals war ihnen eine überregional agierende Truppe ins Netz gegangen, drei Kilo Koks konnten

sichergestellt werden. Schnell fanden die Ermittler heraus, dass es Spuren zu einer weiteren weit verzweigten Gruppe von Hamburgern gab, die offensichtlich ein „richtig dickes Ding“ plante.

Aus der Traum vom schönen Leben

Den Beamten entging in der Folge kein Telefongespräch, keine heimliche Absprache, kein Treffpunkt. Am Montag schlugen die Ermittler zu. Sie stellten nicht nur den Container mit dem Kokain sicher. Bei insgesamt 19 Durchsuchungen in Hamburg, Norderstedt, Lage, Rietberg und Bad Salzuflen fanden die 200 beteiligten Beamten auch vier Schreckschusswaffen und fast eine halbe Million Euro Bargeld. Die Beamten nahmen die sieben Männer im Alter von 27 bis 35 Jahren fest, die sie seit Monaten im Visier hatten. Chef der Gruppe ist nach Polizeiangaben ein 31-jähriger in der Türkei geborener Deutscher. Ihm und seinen „Schneeschiebern“ wird nun „Handel mit Betäubungsmitteln in nicht unerheblicher Menge“ vorgeworfen. Darauf stehen bis zu 15 Jahre Haft. Aus der Traum vom schönen Leben. Selbst ihre drei schicken Daimler Benz, ihre Breitling- und Rolex-Uhren wurden von den Ermittlern eingezogen.

[Recep Tayyip Erdogan:](#)

„Die türkische Gemeinschaft und der türkische Mensch, wohin sie auch immer gehen mögen, bringen nur Liebe, Freundschaft, Ruhe und Geborgenheit mit sich. Hass und Feindschaft können niemals unsere Sache sein. Wir haben mit Streit und Auseinandersetzung nichts zu schaffen.“

Türkei „überrascht“ über tote Kinderbräute



In der Türkei kommt es nach dem Vorbild des Propheten immer wieder vor, dass kleine Mädchen an erwachsene Männer verheiratet werden, obwohl das gesetzliche Mindestalter für eine Heirat bei 17 Jahren liegt. Viele der Kinderbräute [sterben plötzlich nach der Hochzeit](#) – oft, weil sie selbst nicht mehr weiterleben wollen. Das Bekannt werden einiger Fälle hat die türkische Öffentlichkeit aufgeschreckt. Die Frauenrechtlerin Selen Dogan fordert jetzt Maßnahmen von der Regierung.

Die Nachrichtenagentur [SDA meldet](#):

Vor wenigen Tagen hatte sich die erst 14-jährige Havva Üzüm aus dem ostanatolischen Erzurum erhängt, nachdem sie mit einem 19-Jährigen verheiratet worden war.

Das gesetzliche Mindestalter für Eheschließungen liegt in der Türkei bei 17 Jahren; in Ausnahmefällen kann ein Gericht die Genehmigung für die Hochzeit eines 16-jährigen Mädchens oder Jungens erteilen. Besonders in ländlichen Gegenden der Türkei werden aber viele Mädchen als „Kinderbräute“ wesentlich früher verheiratet.

Die Eheschließung erfolgt in einer religiösen Zeremonie, die gesetzlich keinen Bestand hat und zudem eine Straftat darstellt. Experten beklagen, dass die Behörden zu wenig

unternehmen, um diese zu ahnden.

Nach einer Studie werden mindestens sieben Prozent der türkischen Mädchen von ihren Eltern vorzeitig aus der Schule genommen, um sie zu verheiraten. Laut „Taraf“ sind in den vergangenen Jahren mehrere Selbstmorde von „Kinderbräuten“ bekannt geworden. Einige Mädchen erhängten sich, andere nahmen sich mit Schusswaffen das Leben. In einem Fall schluckte ein Mädchen Rattengift.

Wie schön muss das Leben nach dem Vorbild der Frauen Mohammeds sein, wenn man lieber Rattengift schluckt, als dieses Dasein zu ertragen.

(Spürnase: Kokosmakrönchen)



**Über 20 Jahre Haft für
Möchtegern-Terroristen**



Fünf australische Moslems zwischen 25 und 44 Jahren planten blutige Anschläge in Australien, um das Land für seine Beteiligung an den Militäreinsätzen in Afghanistan und im Irak zu „bestrafen“. Doch die Anschläge wurden vereitelt und die Mochtegern-Terroristen 2005 verhaftet. Der Prozess dauerte jahrelang. Heute verurteilte das höchste Gericht des Staates New South Wales die Täter zu Freiheitsstrafen von 23 bis 28 Jahren, obwohl sie ihre Morde nicht in die Tat umsetzen konnten.

[SpOn schreibt:](#)

Ermittler hatten 2005 bei der Festnahme der Männer Sprengstoff und Schusswaffen gefunden. Welches Anschlagziel die Gruppe im Visier hatte, konnte der monatelange Prozess nicht endgültig klären. Ein ehemaliger Komplize der Männer sagte aber aus, diese hätten einen Anschlag auf ein Football-Match erwogen, zu dem mehr als 90.000 Zuschauer erwartet wurden. Die Staatsanwaltschaft warf den Angeklagten vor, auch über einen Anschlag auf den früheren australischen Ministerpräsidenten John Howard diskutiert zu haben. Sie hätten Australien für seine Beteiligung an den Militäreinsätzen in Afghanistan und im Irak „bestrafen“ wollen.

Die Angeklagten seien teilweise „unbeholfen“ vorgegangen, „ihre Verschwörung war dadurch aber nicht weniger gefährlich“, sagte Richter Anthony Whealy bei der Urteilsverkündung. Die Pläne seien bei der Festnahme der Gruppe ausgereift gewesen. Es sei zwar nicht klar, ob die Männer auch töten wollten, sie seien jedoch Fanatiker und

eine „ernste Gefahr“ für die Allgemeinheit, sagte der Richter. Ihre Inhaftierung sei für sie ein Ehrenzeichen. Die fünf Männer nahmen das Urteil regungslos auf, einige lächelten sogar, als der Richter den Saal verließ.

Die Australier, die aus dem Libanon, aus Bangladesch und Libyen stammen, hatten laut Staatsanwaltschaft monatelang Waffen, Chemikalien und Anleitungen zum Bombenbau gesammelt. In ihren Wohnungen fanden Ermittler außerdem Literatur über „wahlloses Töten, Massenmord und Märtyrertum“ sowie Bilder und Videos von Enthauptungen und den Terroranschlägen vom 11. September 2001.

Das strenge australische Urteil hat Signalwirkung: Terror darf sich nicht lohnen!

(Mit Dank an alle Spürnasen)

„Der grauenhafteste Anblick meines Lebens“



Der 48-jährige Mohamed Abukar Ibrahim (Foto) wurde 13. Dezember von den fundamental-muslimischen „Hizb Al-Islam“ in Afgoye (Süd-Somalia) eingegraben und mit Felsbrocken auf den Kopf nach den Bestimmungen der Scharia gesteinigt ([PI](#)

[berichtete](#)), weil er angeblich die Ehe gebrochen haben soll. Bei der Steinigung anwesend war der Fotograf Abdi Warsameh von der Nachrichtenagentur AP, der das Bild geschossen hat und dafür einen Fotopreis gewann. Was er vor der Linse seiner Kamera sah, war „der grauenhafteste Anblick“ seines Lebens.

Warsameh [erzählt heute](#):

„Ich habe schon viele grausame Szenen gesehen, auch Hinrichtungen mit Schusswaffen und Messern. Aber das war der grauenhafteste Anblick meines Lebens“, sagt der Fotograf über seine Gefühle, als er den Auslöser drückte. „Das viele Blut, die Schreie, meine eigene Hilflosigkeit – all diese Eindrücke haben sich tief in mein Gehirn gegraben. Ich werde sie mein Leben lang nie vergessen.“

Glaubt er, dass die weltweite Aufmerksamkeit für seine Foto-Serie helfen kann, die Barbarei in seinem Land zu beenden? „Ich bin eher pessimistisch. Aber wenn, dann kann nur internationaler Druck einen Wandel herbeiführen.“

Bis sich der internationale Druck gegen den Islam wenden wird, wird es jedoch wohl kaum noch jemanden geben, der in der Lage wäre, diesen Druck auszuüben.

(Spürnase: Mike M.)

Hilfe, ein Polizist wehrt sich!



[„Wehe du bist Polizist in Deutschland“](#), titelt heute die BILD-Zeitung. Der folgende Fall aus Berlin bestätigt die Aussage: Ein als Zivilist verkleideter Polizist hat sich mit seiner Dienstwaffe gegen fünf Angreifer gewehrt, die ihn in Friedrichshain-Kreuzberg ordnungsgemäß zusammenschlagen und ausrauben wollten. Damit konnten die netten Jugendlichen doch nun wirklich nicht rechnen!

Gegen den Polizisten, der einen der Täter (Foto oben) ins Bein schoss, wird wegen „versuchten Mordes“ ermittelt, die Angreifer nicht mal dem Haftrichter vorgeführt.

Die *Berliner Morgenpost* [schreibt](#):

Der Auseinandersetzung zwischen einem Polizisten und mehreren Jugendlichen am Wochenende in Friedrichshain ist offenbar ein versuchter Raubüberfall vorausgegangen. Bei dem Vorfall hatte ein Zivilpolizist einem 19-Jährigen ins Bein geschossen. Die Ermittlungen deuteten eindeutig darauf hin, dass es sich um einen versuchten Raubüberfall gehandelt habe, sagte Polizeipräsident Dieter Glietsch vor dem parlamentarischen Innenausschuss. Gegen zwei 18 und 19-jährige Angreifer wird jetzt wegen gefährlicher Körperverletzung ermittelt, gegen einen von ihnen zusätzlich wegen versuchten Raubes. Die Staatsanwaltschaft habe es allerdings abgelehnt, die mutmaßlichen Täter einem Haftrichter vorzuführen, sagte Glietsch.

Für die fünf mutmaßlichen Täter sei vor der Auseinandersetzung nicht ersichtlich gewesen, wen sie überfielen, allerdings habe sich der Beamte umgehend als

Polizist zu erkennen geben. Nach derzeitigem Kenntnisstand wurde der 33-jährige Beamte, der in der Tatnacht im Rahmen eines Einsatzes allein in der Parkanlage am Forckenbeckplatz unterwegs war, unvermutet von zwei Männern aus der fünfköpfigen Gruppe angegriffen, die sofort massiv auf ihn einschlugen und traten. Da die Täter weder auf die Rufe des 33-Jährigen, er sei Polizist, noch auf einen abgegebenen Warnschuss reagierten, schoss der Polizeihauptmeister schließlich dem 19-jährigen Yassin G. gezielt in den Oberschenkel. Erst danach ließen die Angreifer von ihrem Opfer ab, schlugen ihm allerdings noch die Waffe aus der Hand, bevor sie flüchteten.

(...)

Gegen den Polizisten ermittelt routinemäßig die Mordkommission. Dies erfolgt immer dann, wenn von der Dienstwaffe Gebrauch gemacht wird. Im Rahmen dieses Verfahrens entscheidet die Staatsanwaltschaft, ob eine Notwehrsituation für den Schützen vorlag. Bei der Polizei geht man allerdings davon aus, dass der Beamte tatsächlich in Notwehr gehandelt hat. Die Deutsche Polizeigewerkschaft (DPolG) verteidigte den Schusswaffeneinsatz des Beamten. Wer Polizisten angreife, der müsse auch damit rechnen, dass die Beamten von der Schusswaffe Gebrauch machten, sagte DPolG-Landeschef Bodo Pfalzgraf Radiosender 104.6 RTL. Der Kollege habe gar keine andere Wahl gehabt.

Was für ein Rauschen im Blätterwald, wenn ein Polizist sich mal wehrt...

Video zum Thema:

(Allen Spürnasen herzlichen Dank)



TV-Tipp: Londoner Jugendgangs außer Kontrolle



Kabel1 Bringt heute Abend 23.15 Uhr auf „[K1 Doku](#)“ einen Bericht über das Chaos in den Straßen Londons. [Jugendgangs bekriegen sich gegenseitig](#) bis aufs Blut. „Szenen wie aus einem Thriller: Schusswechsel am helllichten Tag, mitten in der belebten Innenstadt. In London ist das längst blutige Realität. Raub, Bandenkriminalität und Waffenhandel gehören zum Alltag der Metropole. Trotz hoher Polizeipräsenz und allgegenwärtiger Überwachungskameras steigt der Schusswaffengebrauch in London kontinuierlich. „K1 Doku“ begleitet Polizisten der Spezialeinheit C019 auf einer Undercover-Mission gegen jugendliche Verbrecher und berüchtigte Banden.“ **Jetzt mit Video!**

55 Kilo Heroin beschlagnahmt: Araber inhaftiert



In Berlin ist der Polizei der bisher größte Schlag gegen eine arabische Großfamilie gelungen, die sich seit vielen Jahren u.a. im organisierten Drogenhandel betätigt. Berliner Ermittler konnten 55 (!) Kilogramm Heroin im Marktwert von ca. 4 Millionen Euro, 40.000 Euro Dealgeld und eine scharfe Schusswaffe sowie Munition beschlagnahmen. Drei Brüder einer arabischen Großfamilie (24, 26 und 29 Jahre) wurden festgenommen. Sie kontrollierten den Drogenhandel am U-Bahnhof Schwartzkopffstraße.

Die [Berliner Polizei](#) teilt uns mit:

In einem Ermittlungsverfahren der Staatsanwaltschaft Berlin wegen Handeltreibens mit Betäubungsmitteln in nicht geringer Menge ist gestern der Berliner Polizei ein Schlag gegen den organisierten Rauschgifthandel gelungen. Die Beschuldigten stehen im Verdacht, den Rauschgifthandel in dem U-Bahnhof Schwartzkopffstraße organisiert und beliefert zu haben.

Die Ermittler haben drei Tatverdächtige im Alter von 24, 26 und 29 Jahren gegen 13 Uhr 30 auf einem Kundenparkplatz in der Alboinstraße in Tempelhof durch Beamte des Mobilien Einsatzkommandos festgenommen, gegen zwei Beschuldigte wird die Staatsanwaltschaft heute Haftbefehle erwirken.

Zugleich haben sie 55 Kilogramm Heroin – die größte jemals in Berlin sichergestellt Menge – sowie knapp 40.000 € Bargeld und eine scharfe Schusswaffe mit 37 Schuss Munition beschlagnahmt.

Ausgangspunkt des Erfolgs war ein im April dieses Jahres erfolgreich zu Ende gebrachter Ermittlungskomplex, der zur Festnahme der im Kern aus drei Brüdern einer arabischen Großfamilie bestehenden Bande führte, in deren Folge die dort Beschuldigten zu langjährigen Freiheitsstrafen verurteilt wurden. Bereits in jenem Verfahren ergaben sich Hinweise auf den jetzt festgenommenen 26-Jährigen als Rauschgiftlieferant und den 24-Jährigen als möglichen Geschäftspartner. Durch weitere intensive Ermittlungen konnten die Strafverfolgungsbehörden auch den 29-Jährigen als Lieferanten überführen.

Das ermittelnde Fachdezernat für die Bekämpfung der Rauschgiftkriminalität im Öffentlichen Personennahverkehr hat unter der Sachleitung der für die Bekämpfung der Organisierten Kriminalität zuständigen Abteilung der Staatsanwaltschaft Berlin dadurch den Weg des Rauschgifts vom kleinen Bahnhofsdealer zum „Großhändler“ zurückverfolgen können.

Dank des engagierten Einsatzes von Kräften des Streifendienstes Verbrechensbekämpfung der Abschnitte 32 und 34, Beamten des Mobilien Einsatzkommandos und des Fachkommissariats ließ sich schließlich die von dem 29-Jährigen genutzte „Bunkerwohnung“ in der Grunewaldstraße in Schöneberg lokalisieren.

Ein sich gestern anbahnendes Treffen zwischen den drei Beschuldigten wurde – von ihnen unbemerkt – durch das Mobile Einsatzkommando überwacht. Bei der daraufhin erfolgten Festnahme konnten die Ermittler bei dem 29-Jährigen die Wohnungsschlüssel für die Bunkerwohnung sicherstellen. Bei der anschließenden Durchsuchung fanden die Beamten über 55 Kilogramm Heroin sowie eine hydraulische Presse von der Größe 2 x 1 Meter und diverses Verpackungsmaterial. Das in unterschiedlichem Maße „gestreckte“ Rauschgift hat einem kriminaltechnischer Schnelltest zufolge überwiegend einen hohen Wirkstoffgehalt und befand sich in hart gepressten

Päckchen und Einkaufstüten.

Die Durchsuchung der Wohnanschrift des 29-Jährigen in Schöneberg führte zur Beschlagnahme eines Großteils des sichergestellten Bargeldes sowie der genannten Schusswaffe.

In dem Pkw und der Neuköllner Wohnung des 26-Jährigen konnte weiteres Geld sowie weiteres Rauschgift gefunden werden. In einer weiteren Wohnung in der Kloster-Zinna-Straße in Lichtenrade entdeckten die Polizisten insgesamt 442 Gramm Heroin sowie 17 Gramm Kokain, eine Feinwaage und diverses Verpackungsmaterial.

Diese arabischen Großfamilien agieren in vielen deutschen Großstädten. Auch das dürfte leider nur die Spitze des Eisbergs sein.

(Danke allen Spürnasen)



**Terrorvideo zeigt „blonden“
Dschihad-Nachwuchs**



[Im Internet](#) ist eine neue Videobotschaft bislang unbekannter Dschihadisten aus Deutschland namens „Abu Askar“ oder „Abu Safiyaa“ aufgetaucht. Der Propagandafilm zeigt die Anwesenheit deutscher Islamisten in Terrorlagern im pakistanischen Grenzgebiet – unter anderem von blonden, europäisch wirkenden Nachwuchs-Dschihadisten.

Der [Spiegel](#) berichtet:

In dem Video tauchen mehrere deutschsprachige Islamisten auf, Kämpfer der Islamischen Bewegung Usbekistans (IBU), darunter die schon bekannten Bonner Brüder Yassin und Mounir Chouka. Die weiteren deutschen Muslime nennen sich Abu Askar oder Abu Safiyaa und werben für den Kampf gegen die Ungläubigen.

Gezeigt würden in dem fast einstündigen Propagandafilm hauptsächlich Kampfszenen im pakistanischen Grenzgebiet, das Alltagsleben in den Trainingslagern der IBU sowie eine längere Predigt von Yassin Chouka alias Abu Ibrahim, heißt es in dem Bericht. An einer Stelle erkläre Abu Askar in den Reihen der Terrorgruppe befänden sich Brüder aus Russland, Marokko, Tunesien, China, Europa und Usbekistan.

Auch die Trainingslager der Islamischen Bewegung Usbekistans tauchten in dem Video auf. Dort trainiere bereits der Dschihad-Nachwuchs. Offenbar würden schon kleine Kinder im Umgang mit Schusswaffen geschult und erhielten Islam-Unterricht. Auffällig sei, dass sich unter den Kindern mehrere blonde, europäisch wirkende Jungen befänden.

Das Bundesinnenministerium hat die Existenz des Videos

bestätigt. „Wir werten es aus“, sagte eine Sprecherin am Samstagabend der Nachrichtenagentur dpa.



Polizei jagt Bundeswehrsoldaten



Als die Regierung das Führen einhändig zu bedienender Taschenmesser mit dem neuen Waffengesetz unter Strafe bis zu 10.000 Euro stellte, hieß es beschwichtigend, gerade die unscharfen Formulierungen des Gesetzestextes sollten dazu dienen, dem Beamten vor Ort Ermessensspielraum zu geben, um die drastische Strafe nur gegen bekannte Problemfälle einzusetzen. Wer damals beruhigt an jugendliche Messerstecher mit islamischem Migrationshintergrund dachte, dem hat der eigene Rassismus wohl ein Schnippchen geschlagen. Gemeint waren natürlich charakterlich nicht gefestigte Bundeswehrsoldaten auf dem Weg zum Dienst.

In seinen Erläuterungen zu [neuen Bestimmungen des Waffenrechtes 2008](#) erklärt das Bundesministerium des Inneren:

Das Führen von Hieb- und Stoßwaffen, Einhand-messern und feststehenden Messern mit einer Klingenlänge über zwölf Zentimeter ist verboten, soweit hierfür kein berechtigtes Interesse vorliegt. Unter jugendlichen Gewalttätern sind die Messer, die nun dem Führensverbot unterliegen, als

Statussymbol und Tatwaffe weit verbreitet. Das Führensverbot soll einen Beitrag leisten, die steigende Zahl der Messerstechereien in Ballungsgebieten einzudämmen.

Wer solche Gegenstände zur Berufsausübung, Brauchtumpflege, beim Sport (zum Beispiel als Taucher, Angler oder Bergsteiger) oder zu einem allgemein anerkannten Zweck nutzt, wird durch das Führensverbot nicht beeinträchtigt. Werden diese Gegenstände jedoch in der Öffentlichkeit eingesetzt, um insbesondere andere einzuschüchtern oder zu bedrohen, kann die Polizei nach neuer Rechtslage dagegen einschreiten.

Wer könnte gemeint sein, mit „jugendlichen Gewalttätern“, die diese Gegenstände „in der Öffentlichkeit einsetzen, um andere einzuschüchtern oder zu bedrohen“ – oder nicht selten auch, um andere schwer zu verletzen oder umzubringen? Falsch. Die sind offenbar gerade nicht gemeint.

Der [Lawblog berichtet](#):

Während in Afghanistan deutsche Soldaten Krieg führen, bahnen sich jetzt in Deutschland rechtliche Querelen für arglose Bundeswehrangehörige an. Bei Polizeikontrollen, vor allem in Schleswig-Holstein, sind nämlich Soldaten außerhalb des Dienstes mit einem juristischen Vorwurf konfrontiert worden: Verstoß gegen das Waffengesetz. Ihr Vergehen? Die Soldaten, meist in Uniform auf dem Heimweg ins Wochenende, hatten das „Standardmesser“ der Bundeswehr dabei.

Es handelt sich um ein Taschenmesser (Hersteller: Victorinox), allerdings in Form eines Einhandmessers. Die Besonderheit an Einhandmessern ist, dass sie mit einer Hand geöffnet werden können. Problem: Einhandmesser fallen seit neuestem unter das Waffengesetz. Wer so ein Messer bei sich hat, riskiert ein Bußgeld bis zu 10.000 Euro.

Das Bundesinnenministerium vertritt in einem mir vorliegenden Schreiben eine harte Linie:

Die an Soldaten ausgegebenen Messer vom Typ Bw Einhandmesser Original Victorinox, Jungle Devil und Bw-Kampfmesser Infanterie fallen grundsätzlich unter den Tatbestand des Führensverbots des § 42a Abs. 1 WaffG.

Nur dienstliche Nutzung sei erlaubt. Freizeit, auch in Uniform verbrachte, sei jedoch kein Dienst:

Führt ein Soldat vor oder nach dem Dienst, auch in Uniform, solch ein Messer mit sich, greift das Waffengesetz. Es wird hierbei davon ausgegangen, dass die Bundeswehr es nicht für erforderlich hält, dass ein Soldat auf dem Heimweg oder bei der Fahrt zur Kaserne bzw. Dienststelle ein Kampf- oder Einhandmesser mit sich führt. Auch Schusswaffen und andere an Soldaten ausgegebene Ausrüstungsgegenstände müssen nach dem Dienst grundsätzlich auf dem Bundeswehrgelände verbleiben.

Weiter:

Auch unter dem Gesichtspunkt der Fürsorge der Bundeswehr für junge und charakterlich noch nicht gefestigte Soldaten scheint es vorzugswürdiger, Bundeswehrmesser grundsätzlich in der Kaserne bzw. Dienststelle zu belassen.

Der Reservistenverband hat sich inzwischen auch schon eingeschaltet. Er rät allen Reservisten dringend ab, die zur Ausrüstung gehörenden Einhandmesser bei sich zu führen, und zwar "weder bei dienstlichen Veranstaltungen noch privat".

(Spürnase: Phil, Foto: Wehrkritisches Spruchband am „Meisnerschen Militärtempel“, wie die [Neue Rheinische Zeitung](#) den Kölner Dom nennt.)



USA: Nationalsozialist überfällt Holocaustmuseum



Alter schützt nicht vor Dummheit: In Washington hat ein 88-jähriger Nationalsozialist das Holocaustmuseum überfallen und einen Wachmann erschossen. Der Greis [mit langer Vorgeschichte in der einschlägigen Szene](#) litt offenbar schon seit Jahrzehnten unter Wahnvorstellungen über eine jüdische Weltverschwörung. Ein Leiden, das ihn mit zahlreichen Linken und nahezu allen Muslimen verbindet. Im Iran hätte der Mann was werden können.

Die [WELT berichtet](#):

Die Schießerei begann gegen 13 Uhr Ortszeit (19 Uhr MESZ). Nach Angaben eines Museumssprechers wurde das Gebäude geräumt, nachdem die ersten Schüsse zu hören gewesen waren. Später wurden die Straßen rund um das Museum, das ungefähr 500 Meter vom Weißen Haus entfernt liegt, abgesperrt, Hubschrauber kreisten über dem Gebiet.

Nach Angaben der Polizei trug der Schütze eine „lange Schusswaffe“. Er habe das Museum betreten und das Feuer auf einen der Sicherheitsmänner eröffnet. Weitere Wachleute hätten dann zurückgeschossen. Die Sender Fox News, NBC und CNN berichteten, der Mann sei als ein Bewohner des

angrenzenden Bundesstaats Maryland identifiziert worden. Er habe eine Gefängnisstrafe absitzen müssen, nachdem er bewaffnet die US-Zentralbank betreten hatte. Er werde schon länger mit Hassgruppen, regierungsfeindlichen Organisationen sowie Ideologien über die angebliche Überlegenheit der weißen Rasse in Verbindung gebracht.

Eine Augenzeugin sagte, sie habe den Schützen gesehen, als er das Gebäude betrat. Er habe eine „lang aussehende Waffe“ gehalten. Dann habe sie ungefähr fünf Schüsse gehört. „Die Leute haben geschrien und sich auf den Boden und unter Bänke geworfen“, berichtete die 22-Jährige. Eine andere Augenzeugin, die mit ihren Großeltern die Ausstellung besuchte, schilderte, wie ein Wachmann auf den Schützen gefeuert habe. „Ich habe einen Mann bäuchlings auf dem Boden gesehen und als ich nochmals zurückgeschaut habe, war überall Blut. Ich glaube, er war übel getroffen.“

Der getroffene Wachmann ist inzwischen verstorben, der Täter befindet sich in einem „kritischen Zustand“.

(Spürnase: Kfir F.)